



**Niedersächsisches
Finanzministerium**

27. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages ► TOP 5 und 6

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026 - HG 2026 -)

Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 19/7910 neu

Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2026

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 19/8220

**Rede des Niedersächsischen Finanzministers Gerald Heere
am 10.09.2025 im Niedersächsischen Landtag**

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bedanke mich erneut – diesmal für die Gelegenheit, Ihnen den Haushaltsplan für das kommende Jahr 2026 vorzustellen. In der Einbringung des Nachtragshaushaltes habe ich mich vor allem mit den haushaltspolitischen Grundsatzentscheidungen befasst, die unserer Haushaltsplanung zugrunde liegen. Lassen Sie mich nun stärker inhaltlich auf das kommende Jahr und auf die Finanzplanung bis 2029 eingehen.

Das Haushaltsvolumen steigt im kommenden Jahr geplant auf knapp 47,9 Milliarden Euro. Dies ist ein Anstieg um rund 3,5 Milliarden Euro oder 7,9 Prozent gegenüber dem letztjährig beschlossenen Haushalt. Dieser beträchtliche Sprung ist in Höhe von rund 2 Milliarden Euro zurückzuführen auf die Umsetzung des bereits erwähnten

Investitions- und Kommunalstärkungspakets. Im Übrigen entspricht er in etwa der bisherigen Finanzplanung.

Die Nettokreditaufnahme liegt laut Plan bei 2,19 Milliarden EUR, wobei ein wesentlicher Anteil von 918 Millionen EUR im Rahmen des Mechanismus zum Konjunkturausgleich erfolgt. Die Regelungen der Schuldenbremse des Grundgesetzes halten wir selbstverständlich vollumfänglich ein. Die Mittelfristige Planung ist wie bisher in allen Jahren vollständig gedeckt. Niedersachsen bewegt sich damit weiter auf einem Pfad der finanzpolitischen Stabilität. Die Inanspruchnahme des grundgesetzlich gegebenen Neuverschuldungsrahmens wirkt sich hierbei in gewissem Sinne sogar positiv aus, da wir auf den Haushaltsausgleich durch Rücklagenentnahmen zukünftig weitgehend verzichten können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
den inhaltlichen Schwerpunkt des Haushaltsplans bildet die Fortsetzung der Investitionsoffensive der Landesregierung. Verglichen zur bisherigen Planung steigern wir das Investitionsvolumen erneut deutlich auf geplant 4,25 Milliarden Euro oder 8,9 Prozent des Haushalts.

An erster Stelle steht dabei im kommenden Jahr erneut das Thema Gesundheitsversorgung und die Sicherung der notleidenden Krankenhaus-Infrastruktur. Wir werden im kommenden Jahr 600 Millionen Euro zur Kofinanzierung des Krankenhaus-Transformationsfonds zur Verfügung stellen, um an dieser Stelle zu einer Besserung beizutragen. Hiervon werden mittelbar auch die Kommunen profitieren.

Ebenfalls erhebliche Mittel werden wir für die Themenbereiche Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und wirtschaftliche Transformation bereitstellen, zusammengenommen mehr als 290 Millionen Euro. Vorgesehen sind sie insbesondere zur Kofinanzierung von Bundesmaßnahmen, etwa im Hochwasserschutz oder bei der Wasserstoff-Infrastruktur. Und als Finanzminister, der auch für den Landesbau zuständig ist, freut mich ganz persönlich, dass wir über 200 Millionen Euro zur Sanierung der Landesliegenschaften einsetzen können, die

teils in einem beklagenswerten Zustand sind. Auch bei der energetischen Sanierung und der Einhaltung unserer Sanierungsverpflichtung aus dem Niedersächsischen Klimagesetz kommen wir so einen entscheidenden Schritt weiter.

Andere Bereiche werden wir nicht im regulären Haushalt angehen, sondern im Rahmen des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität – sie finden sich deshalb noch nicht im vorgelegten Haushaltsplan, sind aber Teil unserer Planung.

Ich nenne drei Stichworte:

Digitalisierung einschließlich Digitalisierung im Bildungsbereich mit über 1 Milliarde Euro. Hochschulbauten und Universitätsklinika in einer ähnlichen Größenordnung. Verkehrsinfrastruktur einschließlich Straßensanierung, Öffentlichem Nahverkehr und Häfen ebenfalls in einer vergleichbaren Höhe.

Zur Umsetzung des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität laufen aktuell die Beratungen des Ausführungsgesetzes auf Bundesebene und zur Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Sobald ausreichende Klarheit darüber besteht, werden wir Ihnen noch im Zuge der weiteren Haushaltsberatungen einen Vorschlag zur konkreten Umsetzung unserer Planungen unterbreiten.

Sie sehen also:

Die Investitionsoffensive des Bundes und die niedersächsische Investitionspolitik greifen Hand in Hand und ergänzen sich gegenseitig.

Wir können unseren bisherigen Kurs mit mehr Kraft und höherem Tempo fortsetzen und viele Bereiche angehen, die in den vergangenen Jahren nicht zu finanzieren waren. Und dies ist die richtige haushaltspolitische Antwort auf die aktuelle wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage: Entschiedene Investitionspolitik und finanzwirtschaftliche Stabilität. Und dafür steht die Niedersächsische Landesregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch außerhalb des Investitionsbereichs können wir unseren Kurs trotz schwieriger Rahmenbedingungen mit großer Kraft fortsetzen. Dies betrifft insbesondere den

Bildungsbereich, wo wir im kommenden Jahr erneut 1350 zusätzliche Stellen für Lehrkräfte schaffen werden – mit Kosten von jährlich knapp 100 Millionen Euro. Auch bei Polizei und Strafjustiz schaffen wir zusätzliche Stellen, um den hohen Belastungen der Kolleginnen und Kollegen zu begegnen und die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten.

Ebenfalls weiterhin im Zentrum unserer Planung steht die Unterstützung der Niedersächsischen Kommunen. Wir setzen mit dem Nachtragshaushalt 2025 und dem Haushalt 2026 den Pakt für Kommunalinvestitionen um und stellen den Kommunen unbürokratisch und kurzfristig 600 Millionen Euro für investive Zwecke zur Verfügung. Weiterhin planen wir ab 2026 jährlich zusätzliche 250 Millionen Euro ein, um die Finanzierung der Kindertagesstätten zu verbessern und eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung dauerhaft zu sichern.

Und nicht zuletzt möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir mit den Kommunen als eines der ersten Länder eine konkrete Beteiligung an den Mitteln des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaschutz vereinbart haben. Wir werden den Kommunen die Hälfte der auf Niedersachsen entfallenden Summe pauschal zur Verfügung stellen das sind insgesamt gut 4,7 Milliarden Euro. Insgesamt werden die Kommunen mit mindestens 60 Prozent vom Sondervermögen profitieren. Bei aller Zurückhaltung wird man anerkennen müssen: Das Land Niedersachsen unternimmt erhebliche Anstrengungen, um die Lage der Kommunen spürbar zu verbessern.

In Summe, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist dieser Haushaltsentwurf die konsequente Fortsetzung unserer bisherigen Politik bei deutlich erweiterten Möglichkeiten. Wir verbinden haushaltspolitische Solidität unter herausfordernden Bedingungen mit einem klaren Bekenntnis zu einer zukunftsorientierten Investitionspolitik.

Unter den aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen ist dies das richtige Signal und eine gute Nachricht für Niedersachsen.

In diesem Sinne danke ich allen, die an der Erarbeitung dieses Entwurfs beteiligt waren und freue mich auf die weitere Debatte mit dem Parlament.